GROSSBRITANNIEN: Ihre Gesundheitsreform könnte der regierenden Labour Party noch größeren politischen Schaden zufügen als der Irakkrieg
Quelle: Freitag

Diesen Artikel im „Freitag“ möchte ich Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen. Daran wird wieder einmal sichtbar, dass Sie Privatisierungsvorgänge nur noch verstehen können, wenn Sie in Rechnung stellen, dass die Entscheider am Prozeß der Privatisierung verdienen. Albrecht Müller.

Ein SPD- oder Labour-Parteibuch schützt offenbar nicht vor dieser politischen Korruption zulasten der Mehrheit der Betroffenen.
Hier noch ein Auszug aus dem Artikel im Freitag, Private werden mit öffentlichem Geld geschmiert:
„Doch der größte Teil dieser zusätzlichen Mittel ging und geht – via PFI – direkt an Privatfirmen oder kommt ihnen indirekt zugute. So investiert die Regierung in den nächsten Jahren über 45 Milliarden Euro in ein Computersystem, das alle Praxen und Spitäler vernetzen soll. Jeder Hausarzt soll künftig den Patienten per Klick eine Auswahl an Kliniken bieten können. British Telecom und andere IT-Firmen haben bereits lukrative Aufträge akquiriert.

Da immer mehr Spitäler als eigenständige, wettbewerbsfähige Unternehmen agieren müssen und zudem ihr Abrechnungsmodus geändert wurde, benötigen sie jetzt Buchhaltungsfirmen (die Verträge mit den Patienten aufsetzen und jede Leistung einzeln abrechnen), Marketingfachleute, Anwälte für absehbare Konflikte und Unternehmensberater. „Pricewaterhouse, McKinsey und KPMG verdienen Millionen und kontrollieren mittlerweile die Geschäfte des NHS“, sagt Geoff Martin.

Inzwischen hat Gesundheitsministerin Hewitt die NHS-Behörden und die NHS-Ärzte angewiesen, einen Teil ihrer Patienten an unabhängige Behandlungszentren zu überweisen – nicht mehr an die NHS-Krankenhäuser. Diese Zentren – sie erledigen Routinearbeiten wie Operationen am Hüftgelenk und Katarakteingriffe – werden ausschließlich von international agierenden Firmen betrieben wie Mercury Health, der schwedischen Capio Group, der südafrikanischen Netcare Group oder dem US-Konzern United Health, dessen Europa-Chef Simon Stevens – welch Zufall – bis 2004 Blairs engster Berater in Sachen Gesundheitsreform war.“

Schamlos.